Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 188. Donnerstag, 14. August 1930, abends. 83. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die asiatische Dreiländerecke.

Von Lord Curzon, einem der besten Kenner des mittleren Ostens und als solchem zugleich maßgebenden Führer der britischen Mittelost-Politik stammt das Wort: „Indiens Grenze muß der Euphrat sein!" Dieses Wort würde einem jetzt auch dann einfallen, wenn die kurdischen Rebellen nicht mit so verdächtig neuen und modernen englischen Gewehren und Maschinengewehren ausgerüstet wären, wenn nicht die geheimnisvolle Gestalt des englischen Araber-„Befreiers", Oberst Lawrence auch hier wieder aufgetaucht wäre. Auf der Linie der Entwicklung, wie die englische Politik im mittleren Osten sie seit Kriegsende genommen hat, liegt unausweichlich vorgezeichnet das Problem der Sicherung des gefährdetsten Punktes seines „Middle East Empire" und damit seines Reserve-Landweges nach Indien. Dieser gefährdetste Punkt ist die asiatische Dreiländerecke am Ararat, wo die Grenzen zwischen der Türkei, Persien und Rußland zusammenstoßen und von wo seit Jahrzehnten, ja, wenn man will, seit drei Jahrhunderten — zum erstenmal als Großrußland Nationalheros Stenka Rasin die Tochter des persischen Schah raubte — Rußlands Druck und Einfluß nach Persien hinüberwirkte. Man darf auch daran erinnern, daß vor 27 Jahren Rußland dem Schah von Persien 6 Millionen Rubel lieh, womit eine englische Anleihe vom Jahre 1892 abgelöst, die an England verpfändeten Hafenzölle wieder frei und die reichste (südwestliche) Provinz Fars der englischen Kontrolle entzogen wurde. Damals schrieb die russische „Börsenzeitung": „. . . es läßt sich nicht bezweifeln, daß uns der (für die Anleihe von Persien konzedierte) Eisenbahnbau in Persien einen freien Ausgang zum Indischen Ozean geben wird . . . Es ist notwendig, daß die russischen Eisenbahnen in Persien früher dem Verkehr übergeben werden, als die Bagdadbahn aus ihrem ersten Entwicklungsstadium herausgelangt . . ." Nun, russische und persische Korruptionswirtschaft ließ die Bahnbauten trotz der riesigen dafür in Fluß gebrachten Summen nie das Licht der Welt erblicken . . . Aber die Idee blieb in Rußland lebendig und in England unvergessen. Die Welt hat ja inzwischen erfahren, mit welcher Energie und Unbeirrbarkeit Rußland langsam wieder daran geht, die expansiven Tendenzen des zaristischen Rußland sich zu eigen zu machen. Was Wunder also, wenn Englands vorderasiatischer Alptraum, der immer wieder das schöne Gaukelbild von einem gesicherten Landwege nach Indien stört, sich aufs neue drückend bemerkbar macht?

Aufs neue? Der Wunsch, diese Aengste ein für allemal aus der Welt zu schaffen, ist ja schließlich auch schon ein volles Jahrzehnt alt. Damals machte der böse Kemal Pascha einen dicken Strich durch die englische Rechnung des Jahres 1919, einige osttürkische Vilajets, die Gegend um Diarbekir, Erzerum und den Wan-See, das westliche Persien bis jenseits des Urmia-Sees, das Gebiet von Mossul und nach Möglichkeit noch einen Teil des nördlichen Syrien zu einem selbständigen kurdischen Staat — natürlich unter englischem Mandat — zusammenzufassen. Nördlich daran anschließend sollte, gleichfalls mit fiktiver Selbständigkeit, ein armenisches Mandatsgebiet entstehen, und so hätte England mit diesen beiden Staaten und dem Irak einen Korridor bis an Rußland heran, einen Pufferstaat zugleich zwischen der Türkei und Persien gehabt, von dem aus man allen gefährlichen Entwicklungen nach menschlichem Ermessen hätte vorbeugen können. Der Freiheitskampf des türkischen Volkes zerschlug diesen großangelegten Plan, der französische Rivale nahm Syrien, und von allen Mandatsplänen blieb nur der Irak übrig.

Es muß unter allen Umständen nachdenklich stimmen, daß gerade jetzt, wo mit der bevorstehenden Anerkennung der vollen Selbständigkeit des Irak und seiner baldigen Aufnahme in den Völkerbund dieses wichtige Gebiet der Hand Englands zu entgleiten beginnt, eine Bewegung in Gang kommt, die England so gelegen wäre, wenn sie Dimensionen annähme, die mit der Rücksicht auf die Sicherheit des Irak ein Eingreifen rechtfertigen würden, und daß sie beinahe diese Dimensionen schon angenommen hat, was wiederum nur dank kräftiger Unterstützung von auswärts möglich ist. Von auswärts, d. h. über ein Gebiet, wo England wachsamer ist als irgendwo und wo seine Augen am allerwenigsten so großzügige Waffentransporte übersehen würden, wie nötig gewesen sein müssen, um dem Kurdenaufstand den Umfang zu geben, den er angenommen hat. Wobei zu bedenken ist, daß er mit kurzen winterlichen Unterbrechungen bereits seit dem Sommer vorigen Jahres tobt.

Damit, daß die Entwicklung der Kämpfe die türkischen Truppen gezwungen hat, die persische Grenze zu überschreiten, scheint die Gefahr eines ernsten bewaffneten Konflikts zwischen der Türkei und Persien heraufbeschworen zu sein. Aber dieser Aspekt ist nur Fassade. Wichtiger ist, daß damit die ganze Frage völkerbundsreif werden könnte, denn der Völkerbund kann auch in Konflikte eingreifen, wenn nur der eine Partner Völkerbundsmitglied ist. Und es ließe sich wohl denken, daß die Frage aufgerollt würde, ob es nicht angebracht wäre, dieses ewig unruhige kurdische Gebiet um der Sicherung des Friedens willen selbst gegen türkischen Widerstand — aber die Türkei verblutet sich finanziell an den kostspieligen Kämpfen — unter ein starkes Kontrollregime zu stellen, zu einem Mandatsgebiet zu machen. Das sind Reminiszenzen und Gedanken, die sich dem Beobachter angesichts der neuesten Wendung der Dinge an der türkisch-persischen Grenze aufdrängen, Kombinationen vorerst, aber was sind Kombinationen anderes, als der Versuch, aus dem Geschehenen heraus das Werdende zu erkennen.

„Zeichen der Zeit."

)(Berlin. Unter dieser Ueberschrift schreibt

Reichskanzler Dr. Brüning

im Börsen-Courier u. a.: **Die politische Erregung der letzten Tage und der bevorstehende Wahlkampf fallen in eine Zeit tiefer Not und wirtschaftlicher Sorge. Darum sind die kommenden Wochen und Monate für das deutsche Volk eine Belastungsprobe schwerster Art.**

Der Sommer 1930 brachte nicht die erhoffte Verringerung der Arbeitslosenzahl. Noch nie war sie so groß in diesen Monaten, die sonst den schaffenden Menschen reichlich Verdienstmöglichkeiten geben. **Noch nie war auch die Dauer der Arbeitslosigkeit so lang, die der einzelne zu ertragen hat. Die Zahlen der Konkurse, Zwangsversteigerungen und Zwangsvergleiche bedeuten die Verlustlisten des Unternehmertums.** Durch das Uebermaß an Schulden werden **zahlreiche Existenzen in der Landwirtschaft vernichtet.** Sorge und Ungewißheit umgeben alle die, die von Schicksalsschlägen dieser Art noch nicht betroffen worden sind. Unsicherheit und Zweifel wachsen beim Blick in die Welt. **In nahezu allen Kulturstaaten liegt die Wirtschaft darnieder,** Stagnation und Rückgang zeigen sich überall. Zahlreich sind die Probleme der Zeit, zahlreich die Strömungen, die oft wirr durcheinander und gegeneinander zu laufen scheinen. Und doch zeichnen sich bei ruhiger Betrachtung die großen wirtschaftlichen Menschheitsziele immer wieder ab. Schließlich geht es um den organischen Aufbau der Weltwirtschaft, den natürlichen Ausgleich von Angebot und Nachfrage im Lande selbst.

Und wie der einzelne im Existenzkampf sich immer wieder stützen muß auf die eigene Kraft, wie nur das Vertrauen in sie den letzten Rückhalt bietet, so auch **im Wirtschaftsleben des ganzen Volkes. Nur wer sich selbst aufgibt, der ist verloren.** Starke Entwicklungstendenzen wirken zur Zeit in der Wirtschaft. Aufgabe der Regierung ist es, sie zu unterstützen, soweit von ihnen günstige Wirkungen erwartet werden können. Auch jeder einzelne sollte sich ihnen anpassen, sollte eingehen auf den großen Zug der Zeit und sollte ihre Zeichen in diesem Sinne deuten. Hierzu bedarf es des Vertrauens, sowohl in die eigene Kraft, wie in den guten Willen der Regierung. **Und wenn trotz aller politischen Zerklüftung der Selbsterhaltungstrieb des Volkes im Unterbewußtsein zunächst die Notwendigkeit dieses Vertrauens erkennt, so wird es ein starker Faktor im Kampfe gegen die Wirtschaftsnot und für eine bessere Zukunft.**

Der Grenzkrieg bei Peschawar.

)(London, 13. August. Ueber die Kämpfe im Gebiet von Peschawar meldet der Amtliche Britische Funkdienst: **Die britischen und indischen Truppen drängen die Afridi, die in die Ebene vorgedrungen sind, fortgesetzt in die Berge zurück.** Die zahlreichen Täler und Wasserläufe sowie die hochstehenden Getreidefelder bieten den schwachen Banden, die auf ihren Zügen die Telegraphenlinien zerstört und sich bis an die äußersten Grenzen von Peschawar gewagt haben, überall genügend Deckung. Diese Banden werden entweder unschädlich gemacht, oder sie ziehen sich in den Schutz der Berge zurück. Sie sind, wie man in Erfahrung gebracht hat, von Abenteurern verführt worden, die ihnen vorgespiegelt haben, sie könnten in Peschawar leicht Beute machen. Sie fanden dort jedoch eine unerwartet starke britische Truppenmacht. Bis jetzt hatten die britischen Behörden peinlich die Halb-Unabhängigkeit der an der Bewegung teilnehmenden Bergstämme respektiert, und das Gebiet von Tirah war bisher von keinem einzigen Flugzeug überflogen worden. Jetzt erst ist das Gebiet von der Luft aus unter Beobachtung genommen worden. **Sämtliche Dörfer, die Leute zu dem Kriegszug geschickt haben, werden nun zur Strafe mit Bomben belegt.** Jeder Ansiedlung wird eine unwiderrufliche Frist von 24 Stunden gestellt, ehe die Flugzeuge erscheinen, damit die Bewohner sich in die offenen Felder begeben können, wenn die Bombengeschwader die Verteidigungsanlagen und Häuser zerstören. Die Nachricht von dieser Bestrafung hat die Afridi auf ihrem Streifzuge erreicht und ihren Rückzug in die Berge beschleunigt.

Vorsichtshalber sind die englischen Frauen und Kinder von Parachinar, 85 Meilen westlich von Peschawar, mittels Flugzeugen fortgeschafft worden.

* London. Die Afridis haben ihre **Hauptätigkeit von Peschawar nach dem 100 Meilen westlich liegenden Gebiet von Kuram verlegt.** Nach einem Angriff der Afridis auf das Fort Badama, an dem auch Angehörige des Orakzai-Stammes teilnahmen, sind sämtliche Frauen und Kinder in diesem Gebiet ansässiger englischer Staatsangehöriger durch Flugzeuge in Sicherheit gebracht worden. Bei Peschawar setzen die Afridis den Guerilla-Krieg fort.

In einem sehr **ausführlichen Bericht aus Simla wird eine offene amtlich beeinflußte Darstellung der gegenwärtigen Vorgänge an der indischen Nordwestgrenze gegeben.** Darin heißt es, daß nach den letzten zuverlässigen Berichten **mit einem baldigen Zusammenbruch der Stammesunruhen zu rechnen sei.** Es bestehe kein Zweifel daran, daß die Unruhen auf revolutionäre Propaganda zurückgingen und die Afridis gegen den Willen ihrer Stammesangehörigen den Kampf aufgenommen hätten. Die Unterstützung der Afridis durch die Orakzai sei vorläufig nur teilweise, da auch hier die älteren Stammesangehörigen gegen den Kampf seien.

Dem Bericht zufolge werden in dem Unruhegebiet **fortdauernd weitere Truppen zusammengezogen,** um den britischen Behörden eine starke Uebermacht zu sichern. Gleichzeitig werden umfangreiche Strafexpeditionen durchgeführt.

Der Reichswirtschaftsrat zur Preissenkung.

vdi. Berlin. Die von dem **Wirtschaftspolitischen Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats eingesetzte Kommission** zur Ausarbeitung der Antwort an die Reichsregierung über die **Möglichkeiten der Anwendung der Notverordnung über die Kartelle** hat seine Arbeiten beendet. Unter den verschiedenen Fragen, die dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt worden sind, wird die Notwendigkeit und Möglichkeit der Senkung der Preise für die Lebens- und Genußmittel des täglichen Bedarfs bejaht. Die Untersuchungen im Reichswirtschaftsrats sind im wesentlichen auf die Preisspanne abgestellt gewesen und es werden der Regierung in dieser Hinsicht Vorschläge unterbreitet. Aufgrund des Gutachtens des Reichswirtschaftsrats wird sich nun, wie die „Germ." ankündigt, **die Reichsregierung mit den Kartellen des Handels und der Fabrikation in Verbindung setzen,** um eine freiwillige Senkung der Spanne nach Möglichkeit zu erreichen. Die Kartell-Notverordnung ermächtigt bekanntlich die Reichsregierung, gegen die Kartelle auch zwangsweise vorzugehen, wenn sie sich nicht freiwillig zu einer Preissenkung verstehen. Wie wir in dieser Sache weiter hören, steht die Veröffentlichung des Gutachtens des Reichswirtschaftsrats unmittelbar bevor.

Newyork Times zu der deutschen Verfassungsfeier.

X Newyork. Times schreibt in einem Leitartikel, die Feierlichkeiten dieser Woche in Deutschland hätten dem Namen nach der Weimarer Verfassung gegolten, tatsächlich aber sei das elfjährige Bestehen der Deutschen Republik gefeiert worden. Im Vergleich zu den ersten Jahren des Bestehens der französischen Republik, wo die Möglichkeit einer Wiederaufrichtung der Monarchie eine ernstliche Gefahr gebildet habe, sei die Deutsche Republik glücklicher gewesen. Weder die Rückkehr der Hohenzollern noch die Errichtung eines bayerischen Kaisertums erscheine als eine wirkliche Möglichkeit. Zwar werde gelegentlich von Diktatur und Faschismus gesprochen, in der Hauptsache aber bewege sich das deutsche Denken in einer anderen Richtung, und wie Reichsminister Wirth am Montag ausgeführt habe, habe nur die Demokratie Deutschland nach der Katastrophe des Krieges zusammenzuhalten vermocht. Die Weimarer Verfassung möge in einigen Zügen verbesserungsfähig sein, unter der Präsidentschaft von Hindenburgs erfülle sie jedoch ihre Aufgabe. Vor allem aber behaupte sich die Deutsche Republik nach den ersten stürmischen Tagen mehr als jemals in den Herzen des deutschen Volkes. Wenn Reichsminister Wirth die Parteispaltung bedauert habe, so scheine das ein alter deutscher Fehler zu sein, der in merkwürdigem Gegensatz zu dem sonstigen Organisationstalent des deutschen Volkes stehe. Indessen werde Deutschland zweifellos allmählich lernen, seinen politischen Machtgruppen mehr Einheit und Stärke zu verleihen, so daß die Republik für das deutsche Volk nicht nur ein Ideal, sondern auch eine leistungsfähige Regierungsform sei.

Kabinettssitzung über Dietrichs Reformprogramm noch nicht am Montag.

X Berlin. Von einem Berliner Mittagsblatt war gemeldet worden, daß die Vorarbeiten des Reichsfinanzministers Dietrich für das große Finanzreformprogramm soweit abgeschlossen seien, daß der Reichskanzler auf Vorschlag des Reichsfinanzministers für den nächsten Montag das Reichskabinett einberufen habe, um sich zum ersten Male mit den Grundzügen der Vorschläge Dietrichs zu beschäftigen. Hierzu erfahren wir von unterrichteter Seite, es sei zwar bekannt, daß in Kürze eine derartige Kabinettssitzung stattfinden werde, der nächste Montag sei aber nicht als Termin für die Sitzung festgesetzt worden.

„R 100" zum Rückflug aufgestiegen.

* Newyork, 14. August. Das englische Luftschiff „R 100" ist um 2,28 Uhr MEZ. in St. Hubert zum Rückflug nach England aufgestiegen.